nr. 1 – märz /april 2019

ecke turmstraße

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Turmstraße. *Erscheint sechsmal im Jahr kostenlos.*
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

KIEZMOMENT

Ch. Eckelt

Vom Bilderrätsel zum »Kiezmoment«

Viele unserer Leserinnen und Leser mochten das Bilderrätsel »Welche Ecke?«, das etliche Jahre auf der Seite 2 dieser Zeitung erschien. Und viele beteiligten sich rege an der Lösung des Rätsels – die Zuschriften, die wir im Laufe der Jahre erhielten, würden inzwischen mehrere dicke Aktenordner füllen. An dieser Stelle sei auch das letzte Bilderrätsel aufgelöst: Unser Foto zeigte den »Focus-Port« zwischen Spreeufer und Alt-Moabit. Gewonnen hat Katja Rumi. Herzlichen Glückwunsch! Der Kinogutschein wird Ihnen per Post zugeschickt.

Nun fanden wir, dass man im Zuge der Neugestaltung der Zeitung auch hier mal etwas Neues ausprobieren könnte. Wir drehen die Sache einfach um: Künftig werden nicht mehr wir die Kiezecke fotografieren – sondern Sie! Egal, ob Gelegenheits-, Hobby- oder Profi-Fotograf: Senden Sie uns Ihr besonderes Foto aus Ihrem Kiez rund um die Turmstraße! Das Motiv kann alles Mögliche sein: ein Lieblingsort, ein besonderer Moment, Skurriles, Komisches, Beschauliches, Verwirrendes, gern auch Historisches aus den letzten Jahrzehnten … Ihrem Blickwinkel sind keine Grenzen gesetzt! Perfektion ist kein Kriterium. Das aus unserer Sicht interessanteste Bild wird dann an dieser Stelle unter der Rubrik »Kiezmoment« veröffentlicht. Sichten Sie also Ihre Bestände, ziehen Sie los mit der Kamera und schicken Sie uns die Aufnahmen, am besten per E-Mail im jpg-Format an: ecketurm@gmx.net

Wir sind gespannt auf Ihre Bilder!

INHALT

Seite 3 *In eigener Sache*

Seite 4 *Konzepte für die Rathenower Straße 16*

Seite 5 *Spielplatzerneuerung für die Kita am Ottopark*

Seite 6 *Neues von der TIM, Nachrichten*

Seite 7 *Leser-Ecke*

Seiten 8/9 *Alles zur Neuwahl der Stadtteilvertretung Turmstraße*

Seite 10 *Kultur, Nachrichten*

Seite 11 *Sozialbericht für den Bezirk Mitte*

Seiten 12/13 *Interview mit Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel*

Seite 14 *Stadtfotografie – ohne Menschen?*

Seite 15 *Gebietsplan und Adressen*

Seite 16 *Eckensteher*

Die nächste Ausgabe

der Ecke Turmstraße erscheint Ende April.
Redaktionsschluss: 22. April

Das Titelbild dieser Ausgabe zeigt die Videoinstallation in der Glasvitrine vor dem Rathaus.

Ecken im Web

Sämtliche Ausgaben der »Ecke Turmstraße« sind als PDF archiviert und abrufbar unter: www.turmstrasse.de/akteure/ecke-turmstrasse

IMPRESSUM

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Turmstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 283 31 27, ecketurm@gmx.net
Fotoredaktion:
Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Die »Ecken« sind neu!

Wie schnell die Zeit vergeht … Ende letzten Jahres war es wieder so weit, dass der Vertrag für die Stadtteilzeitungen Ecke Müllerstraße, Ecke Turmstraße und Ecke Köpenicker von der Verwaltung neu ausgeschrieben und vergeben werden musste. Die Bewerbung von Frau Steglich und ihrer Redaktion war so überzeugend, dass die »alte Redaktion« auch die »neue« ist.
Wir freuen uns, die Zusammenarbeit in der bisher guten Art und Weise, aber auch mit neuen Akzenten fortsetzen zu können und wünschen der Crew für den Neustart alles Gute und jede Menge interessierte Leserinnen und Leser.
Natürlich hoffen wir dabei auch, dass Sie als Bewohner*innen oder an den Entwicklungen interessierte Bürger*innnen gut informiert werden und den Stadterneuerungsprozess in den Gebieten aktiv begleiten können.

Reinhard Hinz, Sanierungsverwaltungsstelle (Bezirksamt Mitte)

IN EIGENER SACHE

Alles bleibt anders

Liebe Leserinnen und Leser,

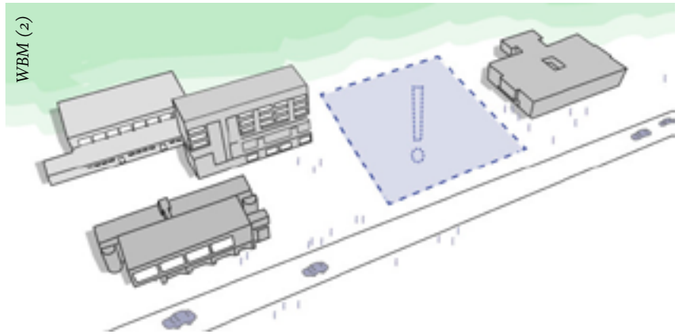
dass wir mit den »Ecken« auch weiterhin die Stadtentwicklung in einigen Gebieten von Mitte begleiten dürfen, freut uns ganz besonders, weil uns in der Arbeit der vergangenen Jahre diese Quartiere und ihre Bewohner sehr ans Herz gewachsen sind.
Auch künftig wird der Verbund der »Ecken« mit drei Lokalausgaben erscheinen: Die »Ecke Müllerstraße« (Wedding), die »Ecke Turmstraße« (Moabit) sowie die »Ecke Köpenicker« (Nördliche Luisenstadt). Mit der Neuausschreibung waren jedoch auch einige Veränderungen verbunden: So werden die Zeitungen nicht mehr wie bisher mit acht, sondern mit sechs Ausgaben im Jahr erscheinen – also ca. alle zwei Monate. Im Gegenzug wird dafür jede Ausgabe 16 Seiten haben statt bisher zwölf. Die neue Erscheinungsweise hat einerseits zur Folge, dass wir zwar weniger aktuell berichten können als bisher – dafür bietet sie uns mehr Raum für die lokale Berichterstattung, für vielfältigere Themen und journalistische Formen; Raum auch für größere Fotos und eine großzügigere Gestaltung.
Die neue Erscheinungsweise war für uns ein guter Anlass, der Zeitung eine Auffrischung zu gönnen. Wir haben einiges verändert, ohne Bewährtes über den Haufen zu werfen. Die »Ecken« werden für Sie auch weiterhin erkennbar bleiben!
Die wohl wichtigste Änderung betrifft die inhaltliche Seitenstruktur. Von Anfang an gab es in den »Ecken« – so war es auch in jeder Ausschreibung vorgegeben – neben den Lokalseiten je vier Seiten für gebietsübergreifende Themen, die den gesamten Bezirk Mitte betreffen, ein »Blick über den Tellerrand« des eigenen Kiezes also. Diese Bezirksseiten sind in allen Lokalausgaben identisch. Bei manchen Lesern sorgte das mitunter für Verwirrung.
Um solche Irritationen künftig zu vermeiden, haben wir zur besseren Orientierung am oberen Seitenrand eine Kennzeichnung eingeführt. Künftig werden Sie den Bezirksteil auf den Seiten 11–14 finden. Zudem sollen Rubrikentitel (wie der »Eckensteher« für Glossen und Kommentare oder die »Leser-Ecke«)für eine klarere Struktur sorgen.
Auf der Seite 2 bietet jetzt ein Inhaltsverzeichnis einen schnellen Überblick über die Themen im Heft. Und anstelle des bisherigen Bilderrätsels sind nun in der neuen Rubrik »Kiezmoment« Ihre Fotos gefragt! Die »Bild-Ecke« als eigenständige Fotorubrik gibt es nun auf der letzten Seite. Die Gebietskarte, wichtige Kontakte, Sprechstunden und Ansprechpartner finden Sie dafür jetzt auf der vorletzten Seite.
Nun sind wir gespannt, wie der neue »Look« bei Ihnen ankommt. Schreiben Sie uns, per Mail oder per Post, wir freuen uns immer über Ihre Resonanz!

Die »Ecke«-Redaktion

Ch. Eckelt

Autoren gesucht!

Sie schreiben gern? Und interessieren sich für Stadtentwicklung, Lokalgeschichte, Themen wie Verkehr oder Soziales, Gewerbe oder engagierte Menschen und Projekte? Sie leben in Mitte oder anderweitig vertraut mit dem Bezirk? Sie arbeiten gern eigenständig, aber nicht einsam und brauchen auch den Austausch in einer Redaktion? Vielleicht haben Sie Lust, bei uns an den »Ecken« mitzuarbeiten. Dann melden Sie sich bei uns! Wir freuen uns über neue Autorinnen und Autoren mit frischem Blick und Neugier. Unsere Kontaktdaten finden Sie im Impressum auf S. 2.



Was soll das eigentlich sein: »Experimentelles Wohnen«?

An der Rathenower Straße 16 ist Wohnungsneubau für besondere Zielgruppen geplant

Ende Februar wird ein Gutachtergremium aus Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM), Gesellschaft für Stadtentwicklung (GSE), Bezirks- und Nachbarschaftsvertretern entscheiden, mit welchem städtebaulichen Konzept an der Rathenower Straße 16 neu gebaut werden soll.

Worum geht es überhaupt? 2011 wurde ein Bebauungsplan aufgestellt, der den Verkauf des Grundstücks für »höherwertigen« Wohnraum vorsah mit einem neuen Platz als einladende Eingangssituation in den Fritz-Schloß-Park. Zuvor waren mehrere Stellen des Bezirksamts aus dem in den 1970er Jahren erbauten Ensemble zwischen Jugendklub und Kita ausgezogen. Das achtgeschossige Hochhaus, das flache Riegelgebäude am Hang des Fritz-Schloß-Parks und der davorliegende künstliche Hügel mit Garagen sollten komplett abgerissen werden. Die GSE schaltete sich ein, denn viele soziale Träger suchen händeringend Räume. So konnte der Verkauf gestoppt und Mitte 2015 mit Bezirksamtsbeschluss ein Konzept festgeschrieben werden für den Erhalt des Hochhauses und die Erweiterung des Standortes für Jugend, Soziales und Kultur, Ateliers, Übungsräume, Räume für betreutes Wohnen von Jugendlichen und Erwachsenen, Seniorenwohnen und sogenanntes Clusterwohnen. Damit sind 1- und 2-Zimmer-Wohnungen mit eigenem kleinen Bad und einer gemeinsamen großen Küche gemeint. Sie ermöglichen gemeinschaftliches Wohnen, bieten aber wesentlich mehr Rückzugsraum als in der klassischen Wohngemeinschaft.

Ende 2015 gewann die GSE gemeinsam mit acht anderen Projekten mit einem Konzept von S.E.K. Architektinnen Fördermittel für das Vorhaben. Das Grundstück wurde vom Senat aber nicht übertragen. Die WBM musste einspringen und es dauerte einige Jahre, bis die unterschiedlichen Beteiligten sich einigen konnten. Soweit der Vorlauf zum jetzigen Verfahren.

An der Bürgerversammlung Ende Januar nahmen etwa 60 Interessierte teil. Drei sehr unterschiedliche Entwürfe wurden vorgestellt und nach einigen allgemeinen Nachfragen im Plenum in drei Arbeitsgruppen an den jeweiligen Modellen diskutiert. Nach einiger Zeit wurden die Plätze getauscht. Alle Anregungen, Wünsche und Beurteilungen wurden auf Karten geschrieben. Dieses Verfahren war sehr gut geeignet, viele zu Wort oder zu Stift kommen zu lassen, anstatt sich in Kontroversen von Wortgewaltigen zu verheddern. Allerdings dürfte es nicht ganz einfach sein, Kompromisse aus den teils sehr gegensätzlichen Vorschlägen zu erarbeiten. Während die einen dafür plädieren, das Ensemble entweder komplett aufgrund des Denkmalwertes oder auch nur im hinteren Grundstücksbereich zu erhalten, da es sehr gut an den Geländesprung angepasst ist, forderte ein anderer Teilnehmer vehement den Kompletta-briss. Doch das achtgeschossige »Hochhaus« wird genutzt und soll stehen bleiben. Das Büro S.E.K. Architektinnen hat in seinem Entwurf einen kleinen Teil des Flachbaus erhalten und auch die Lage des öffentlichen Platzes gegenüber den Vorgaben etwas nach Süden verschoben. Das wirkte auf viele überzeugend, sodass etliche Kärtchen »bester Entwurf« hier aufgehängt wurden. Die Lage des Platzes an der Einmündung der Birkenstraße überzeugte viele, während Vertreter der Jugendverwaltung das zusätzliche Gebäude vor Jugendklub und Familienzentrum störte und sie Schmuddelecken befürchten. Eine überzeugende Lösung für einen barrierefreien Zugang zum Park, der Platz und Wohngebäude nicht beeinträchtigt, muss noch gefunden werden. Während in der Aufgabenbeschreibung nur 10 Behindertenstellplätze und Fahrradstellplätze vorgesehen sind, forderte das ansässige »Haus der Weisheit« Parkplätze ein.

Leider ist in dieser Planung überhaupt kein Platz für die notwendige Schulerweiterung der anliegenden Kurt-Tucholsky-Grundschule. Nachdem diese Schule schon seit mehr als 20 Jahren durch Containergebäude in der Kruppstraße erweitert wurde und dort auch kürzlich ein neuer Schulhof gebaut wurde, soll in den nächsten Jahren das seit vielen Jahren leerstehende Haus Kruppstraße 14A als Schulerweiterung umgebaut werden. Dafür eignet es sich allerdings kaum. Vielleicht sollte man aus heutiger Sicht diese beiden Planungen, die jahrelang nebeneinander herliefen, neu überdenken, einen Campus an der Rathenower Straße planen und die verschiedenen experimentellen und betreuten Wohnformen an der Kruppstraße entwickeln.

Susanne Torka

Eine neue Freifläche für die Otto-Kita

Die Frei- und Spielfläche der evangelischen Otto-Kita gleich am Otto-Park ist in die Jahre gekommen: Die Kletterkombination musste teilweise gesperrt werden, andere Geräte sind durch Nassfäule geschädigt, und die unversiegelten Flächen mit einem Boden-Spielsandgemisch verursachten insbesondere im heißen Sommer 2018 eine enorme Feinstaubbelastung. Kurz: eine Erneuerung ist dringend notwendig. Deshalb wandte sich der Träger, der Evangelischen Kirchenkreisverband für Kindertagesstätten Berlin Mitte-Nord, im vergangenen Herbst an das Bezirksamt mit der Frage, ob eine Förderung dieser Maßnahme möglich sei. Das Ergebnis: Ca. 80% der Gesamtkosten könnten aus dem bezirklichen Begrünungsprogramm finanziert werden, sofern sie einen bestimmten Kostenrahmen nicht übersteigen, die Gemeinnützigkeit nachgewiesen wird und die Nutzer sich intensiv beteiligen.

Der Prozesssteuerer des Gebiets, das Büro KoSP, übernahm die Projektvorbereitung und –koordination. Parallel zur Finanzplanung und Vorbereitung des Fördervertrags wurde die Landschaftsarchitektin Andrea Haas-Wohlfahrt (Büro Planwerkstatt) mit dem Gestaltungskonzept beauftragt. In einem ersten Schritt sammelten dann Erzieher, Kinder und Eltern ihre Ideen und Wünsche zur Ausstattung der Freifläche. Um die Fülle der Ideen zu ordnen und Prioritäten zu setzen, folgte im Dezember 2018 eine Planungswerkstatt mit zwei Elternvertretern, zwei Erziehern und der Kitaleitung. Auf dieser Basis entwickelte die Landschaftsarchitektin eine Vorentwurfsplanung (siehe Skizze), die den Beteiligten Mitte Januar vorgestellt wurde. Kernstücke sind eine gut besonnte Fläche mit robustem, strapazierfähigen Rasen im nordöstlichen Bereich, der den Staub mindern soll, sowie ein zentraler Spielbereich mit Kletterkombination, Sandspielplatz, Rutsche und Spielhaus, umgeben von einer Rollerbahn. Ergänzende Details sind u.a. ein kleines Weidenwäldchen, Obststräucher, eine Wasserzapfstelle, Malwände. Eine alte Ulme auf dem Areal kann leider nicht erhalten werden, weil sie inzwischen zu stark geschädigt ist.

Um Kosten zu sparen, wollen Eltern und Erzieher eine kleine Arbeitsgemeinschaft bilden, die diverse Vorarbeiten übernimmt. Und auch die Kinder sollen mit einem kleinen »Mitmachprojekt« der Gartenbaufirma einbezogen werden.

Die Umbauarbeiten sollen noch in diesem Sommer erfolgen: Dann ist die Kita ohnehin für drei Wochen geschlossen, und die restliche Zeit können die Kinder auf den Spielplatz des Otto-Parks ausweichen.

Das Projekt ist ein gutes Beispiel für den Einsatz des Grünflächenprogramms: Seit Herbst 2015 stehen Fördermittel des Bezirksamtsamts Mitte zur Verfügung, um Eigentümern, Mietern, Pächtern, Vereinen, Nutzerinitiativen, sozialen und gemeinnützigen Trägern die Begrünung von versiegelten bzw. vernachlässigten Höfen, Vorgärten, Baulücken, Brachen und Brandwänden zu ermöglichen.

us

NEUES VON DER TIM

Die TIM (Turmstraßen-Initiative-Moabit) ist ein Zusammenschluss von engagierten Gewerbetreibenden und weiteren interessierten Akteuren rund um die Turmstraße. Etwa alle zwei Monate trifft sich das Netzwerk beim gemeinsamen Frühstück im Stadtteilladen Moabit. Das Treffen ist zentraler Bestandteil der gemeinsamen Arbeit für die Geschäftsstraße und dient als Forum – hier werden persönliche Kontakte gepflegt, aktuelle Themen diskutiert, gemeinsame (Marketing-)Aktionen initiiert sowie Informationen zu Veranstaltungen und Unterstützungsmöglichkeiten ausgetauscht; auch Fachleute zu relevanten Fragestellungen kommen regelmäßig hinzu.
Alle Interessierten sind willkommen! Zur Teilnahme am TIM-Frühstück bitte vorab beim Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße melden, Kontakt siehe Seite 15

Das letzte TIM-Frühstück
fand am 16. Januar im Stadtteilladen in der Krefelder Straße 1a statt. Dabei ließ die TIM Projekte und Aktionen des vergangenen Jahres Revue passieren und sammelte Ideen und Anregungen für gemeinsame Aktionen für das Jahr 2019 wie beispielsweise für die diesjährige Oster-Aktion der Gewerbetreibenden. Fensterbilder von grünen Osterhasen werden die Schaufenster der Gewerbetreibenden rund um die Turmstraße schmücken. Die grüne Farbe der Osterhasen repräsentiert die Standortgemeinschaft der TIM. Die Osterhasen können während der Sprechstunden des Geschäftsstraßenmanagements im Stadtteilladen abgeholt werden. Des Weiteren begrüßte die TIM zum letzten TIM-Frühstück Vertreter_innen des Schultheiss Quartier, um den Dialog zwischen allen Beteiligten am Standort zu fördern und über mögliche Kooperationen zu sprechen.
Am 13. Februar fand im Stadtteilladen das 5. Treffen der AG Institutionalisierung der TIM statt. Bereits seit 2018 arbeitet die TIM an der Institutionalisierung der Standortgemeinschaft und strebt hierfür die Gründung eines Vereins an.

Gebietsfonds 2019
Auch in diesem Jahr stehen wieder Mittel aus dem Gebietsfonds zur Verfügung, aus dem Ihre Projekte und investiven Maßnahmen im Kiez, die zur Steigerung der Attraktivität des Aktiven Zentrums Turmstraße als Einzelhandels- und Gewerbestandort beitragen, mit bis zu 50% der Investitionskosten gefördert werden können. Gewerbetreibende, die solche Maßnahmen realisieren wollen, können sich hierfür bewerben. Ansprechpartner ist das Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße.
Mehr dazu auf www.turmstrasse.de

Nächstes Frühstück der TIM
Mittwoch, 13. März, um 8.30 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a

Kiezfest
Schon jetzt beginnen die Vorbereitungen für das 7. Moabiter Kiezfest, das in diesem Jahr am 14. September stattfindet. Die TIM ist, wie schon in den Jahren zuvor, maßgeblich am Fest sowie an der Vorbereitung und Organisation beteiligt. Wer sich dabei ebenfalls einbringen möchte, melde sich bitte beim Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße!

ArtMinius
Auch in diesem Jahr wird wieder an einigen Samstagen die ArTminius stattfinden, der lokale Markt für Kunsthandwerk und Design. Nicht nur bei Moabitern sind diese Samstage mit Kreativmarkt in der alten Moabiter Markthalle ein beliebtes Vergnügen, wo man an den Ständen stöbern, einkaufen und das kulinarische Angebot in der Halle probieren kann.
Nächste Termine der ArTminius: 2. März und 6. April, jeweils 10–17 Uhr, im Mittelgang der Arminius-Markthalle (hinter dem Rathaus Tiergarten)

Veranstaltung zum Verkehrs- und Gestaltungskonzept Lübecker Straße

Bereits Anfang Dezember 2017 hatte eine Begehung der Lübecker gemeinsam mit Anwohnern und anderen Akteuren der Straße stattgefunden, um festzustellen, an welchen Orten besonderer Veränderungs-, Gestaltungs- und Erneuerungsbedarf besteht. Danach waren die Anwohner und Anrainer der Lübecker Straße am 6. März des vorigen Jahres eingeladen, bei einer Planungswerkstatt ihre Wünsche und Anregungen zur Umgestaltung der Straße mit den Fachleuten zu erörtern. Als wesentliche Ziele wurden herausgearbeitet:
– Heraushalten von motorisiertem Fremdverkehr (Schleichverkehr)
– Lösungen zur Einhaltung verträglicher Fahrgeschwindigkeiten
– Bessere Nutzbarkeit für Fußgänger, Radfahrer und Personen mit eingeschränkter Mobilität
– Verbesserung der Aufenthaltsqualität.

Auf der Basis dieser gemeinsam erarbeiteten Ziele hat das Planungsbüro LK Argus in Abstimmung mit den zuständigen Fachämtern ein Verkehrs- und Gestaltungskonzept erarbeitet. Am Mittwoch, dem 6. März werden auf einer öffentlichen Veranstaltung die Fachleute dieses Konzept und den Abwägungsprozess erläutern und zur Diskussion stellen.
Mittwoch, 6. 3., 18 Uhr, Ort: Heilandskirche, Thusnelda-Allee

LESER-ECKE

Betr.: Artikel »Die Bremer Straße 68 und ihre musischen Studenten« von Susanne Torka in der Ausgabe Nr. 8 – Dez. 2018 / Jan. 2019 in der »ecke Turmstraße«

Liebe Redaktion,

mit Interesse haben wir Ihren Artikel über die musischen Studenten der Studentenverbindung »AMVB« in der Bremer Straße 68 gelesen und möchten nun gerne unsere Sicht auf die Dinge darstellen.
Hängengeblieben sind wir an der Aussage, dass es seit der vollendeten Schalldämmung des Kellers keine Beschwerden mehr von Nachbarn gebe – und auch nicht mehr wie früher die Polizei geholt werde.
Wir sind direkte Nachbarn des Hofbereichs, der einen großen klanglichen Resonanzraum darstellt. Dieser wird gerade in der wärmeren Jahreszeit fast täglich genutzt für die vielen Außenveranstaltungen, Feiern oder sonstigen Zusammenkünfte der Studentinnen und Studenten.
Dabei wird leider im Hinblick auf die Lärmbelästigung – oft bis spät in die Nacht und den frühen Morgen hinein – überhaupt keine Rücksicht auf uns Nachbarinnen und Nachbarn genommen. Dies führte z. B. dazu, dass ein Nachbar sein Schlafzimmer zur Straßenseite verlegen musste. Wir sind immer wieder gezwungen, hinüber zu rufen und um Eindämmung der Lautstärke zu bitten. Auf eine verständnisvolle Reaktion bzw. Entschuldigung hoffen wir dabei vergeblich. Auch unsere wiederholten Briefe an den Vorstand der musischen Verbindung blieben unbeantwortet. Ebenso verhallten beigefügte Unterschriftenlisten der betroffenen Nachbarn.
Der im Artikel erwähnte große hohe Saal in der Remise weist leider keine Schallisolierung auf. Dafür stehen die Fenster gerade in den Sommermonaten weit offen, sodass wir beispielsweise das Musizieren oder Singen durch das Forttragen des Schalles im Innenhof immer ebenso ungefiltert miterleben wie Feierlichkeiten oder andere Veranstaltungen. Dass der Kellerbereich nun schallisoliert ist, bedeutet sicherlich eine gewisse Verbesserung. Aber wenn – wie geschehen – das Schlagzeug aus diesem hervorgeholt und im Hof bespielt wird, nützt die beste Isolierung nichts. Dies alles ist sehr unangenehm – und Lärmschutz für die Ohren inzwischen zum stets bereitgehaltenen Utensil geworden.
Dass die Polizei nicht mehr, wie in früheren Zeiten öfter, gerufen wird, ist ausschließlich unserer (bislang) bestehenden, großen Duldsamkeit und Gutmütigkeit geschuldet.
Man darf insgesamt den Eindruck gewinnen, dass die Wahrnehmung der Verbindungsmitglieder von Nachbarschaft und die Kontaktaufnahme mit dieser – wie eben beispielsweise im Rahmen des Kiezfestes – leider nur dann stattfindet, wenn sie der Außendarstellung dient.
Ausdrücklich möchten wir noch darauf hinweisen, dass die im Erdgeschoss der Remise ansässige Tanzschule »Hofparkett« überhaupt keinen Anlass zur Klage bietet.
Und last but not least: Auch wir lieben Musik.

Ellen Drosd, Katrin Moeskes

Neue Stadträtin im Bezirk Mitte gewählt

Am 20.12.2018 wählte die Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin in ihrer 23. Sitzung Ramona Reiser als neue Bezirksstadträtin. Die 33-jährige Politikerin der Partei Die Linke tritt die Nachfolge von Dr. Sandra Obermeyer an und ist künftig für die Abteilung Jugend, Familie und Bürgerdienste verantwortlich. Am 02.01.2019 wurde sie vereidigt und trat ihr Amt als Bezirksstadträtin an.
Ramona Reiser war vor ihrer Wahl als Bezirksverordnete für Die Linke im Bezirk aktiv. Sie war Mitglied des Vorstandes der BVV, Vorsitzende des Sportausschusses sowie Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss Bildung und Kultur. Hauptberuflich war sie für die Bundesgeschäftsstelle der Bahnhofsmission tätig.

Sie sind gefragt!

Zur Wahl der neuen Stadtteilvertretung Turmstraße am 12. März

Ende Oktober 2018 hat die bisherige, im Jahr 2017 gewählte Stadtteilvertretung (STV) ihre Auflösung erklärt (siehe hierzu auch nebenstehenden Beitrag der bisherigen STV-Sprecher). Deshalb soll nun eine neue Stadtteilvertretung für das Fördergebiet Turmstraße gewählt werden.
Kommen Sie zur Wahl am 12. März um 19 Uhr in der Heilandskirche (Thusnelda-Allee). Machen Sie mit! Kandidieren Sie selbst oder wählen Sie die neue Stadtteilvertretung!

Warum eine Stadtteilvertretung?

Eine Stadtteilvertretung (STV) ist ein wichtiger Akteur in Städtebaufördergebieten wie der Turmstraße. Gerade bei umfangreichen Erneuerungs- und Gestaltungsmaßnahmen ist die Stimme der Bürgerinnen und Bürger im Gebiet gefragt – schließlich sind sie es, denen die Verbesserungen in ihrem Umfeld zugute kommen sollen, und sie sind es, die ihren Kiez am besten kennen, die wissen, was dringend verbessert werden müsste, wo die Defizite und Probleme liegen.
Im Sinne der Bürgerbeteiligung ist deshalb in Städtebaufördergebieten, in denen sich die umfangreichen Maßnahmen ja auf längere Zeiträume erstrecken, eine Interessenvertretung der Bürger vorgesehen, die durch demokratische Wahlen legitimiert und am Erneuerungsprozess beteiligt ist. Und um der Vielfalt der Gebietsbevölkerung mit ihren unterschiedlichen Interessen gerecht zu werden, sollte die Stadtteilvertretung eine möglichst breite Mischung haben: Bewohner, Mieter, Nutzer, Eigentümer, Gewerbetreibende, Vertreter von Bürgerinitiativen, Kirchengemeinden und anderen Institutionen; Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts und unterschiedlicher Herkunft. Sie verbindet, dass sie bereit sind, sich aktiv ehrenamtlich für den Kiez zu engagieren.

Bei der Wahl am 12. März sind deshalb nicht nur jene gefragt, die kandidieren wollen. Vor allem sollten alle, die sich für ihren Kiez interessieren, zur Wahlveranstaltung kommen, um über die Kandidatinnen und Kandidaten abzustimmen! Schließlich sind sie es, die in den nächsten zwei bis drei Jahren Ihre Ansprechpartner und Interessenvertreter sein sollen!

Was kann und soll eine Stadtteilvertretung?

Eine Stadtteilvertretung ist zwar kein Entscheidungsgremium wie etwa die gewählte Bezirksverordnetenversammlung (BVV), ihre Beschlüsse sind nicht bindend für Politik und Verwaltung. Eine Stadtteilvertretung arbeitet vielmehr beratend und gibt Empfehlungen. Aber sie kann viel erreichen: Ihre Aufgabe ist es in erster Linie, das breite Spektrum der Bürgerinnen und Bürger im Quartier zu vertreten, deren Meinungen einzuholen, Kontakt zu ihnen zu halten und für sie als Ansprechpartner zu Verfügung zu stehen. Sie hat die Möglichkeit, Informationen von Verwaltung und Politik einzufordern und umgekehrt Meinungsbilder der Bürger zurück in die Verwaltung zu transportieren. Insofern ist sie ein sehr wichtiges Bindeglied zwischen Bürgern, Politik und Verwaltung. Sie ist Ansprechpartner für die Bürger, ebenso wie für die Verwaltung und die Beauftragten.
Deshalb nehmen die gewählten Sprecher der Stadtteilvertretung an den monatlichen Sitzungen des Sanierungsbeirats teil, bei denen sich die unterschiedlichen Akteure (u.a. von Bezirk und Senat) über aktuelle Themen austauschen und diskutieren.
Eine Stadtteilvertretung kann einiges erreichen, wenn sie sich engagiert einmischt, auch eigene Themen formuliert und eigene Aktivitäten entwickelt; wenn sie in ihrer Nachbarschaft präsent und bekannt ist, zur Vernetzung lokaler Akteure beiträgt und mit Verwaltung und Politik kommuniziert. Denn die Stimme einer Stadtteilvertretung hat auch für die praktische Lokalpolitik mehr Gewicht und kann sich mehr Gehör verschaffen als einzelne kleine Interessengrüppchen.

Ch. Eckelt (2)

»Von Anfang an zu gering besetzt«

Ein Resümee der letzten Stadtteilvertretung Turmstraße zu ihrer Arbeit von 2017 bis 2018

Die letzte Stadtteilvertretung im Aktiven Zentrum und Sanierungsgebiet in der Turmstraße amtierte vom 30. Mai 2017 bis 31. Oktober 2018. Sie war von Anfang an mit 14 aktiven Mitgliedern zu gering besetzt. Nach einer Findungsphase zur Geschäftsordnung, Homepage, Emailverteilung und Finanzadministration arbeitete sie auf folgenden Themenfeldern:

– Infrastruktur: Straßenlaternendefekte, Modernisierung der Gehwege und des Arminius-Markthallenumfelds, Fahrradbügel, Straßenbahnneubau vom Hauptbahnhof zur U-Bahnstation Turmstraße, Gehwegplanung Alt-Moabit von der Krefelder zur Kirchstraße, Konzept zum Umbau der Lübecker Straße,

– Grünanlagen: Sicherheitskonzept des Präventionsrats und Gestaltung Kleiner Tiergarten Ost, WC im Ottopark, Sozialarbeit von Fixpunkt e.V.,

– Jugendverkehrsschule: Informationsgespräch zur Sanierung und Weiterentwicklung mit Stadtrat für Schule und Weiterbildung Hr. Spallek, Aktualisierung über die Entscheidungsprozesse auf bezirklicher Ebene

– Stadtentwicklung: ISEK (integriertes Stadtentwicklungskonzept), IEK (integriertes Entwicklungskonzept) Bremer Straße.

Aufgrund einer suboptimalen Einführung zu Themen und Hierarchieebenen in der Verwaltung und der niedrigen Anzahl kam die STV nur schleppend voran. Die schwindende Beteiligung Einzelner und die Reduzierung der Gemeinschaft durch Abwesenheit und persönlichen Rücktritt erschwerte die konstruktive Zusammenarbeit der STV untereinander und mit den anderen Akteuren KoSP, Bezirksamt und Geschäftsstraßenmanagement. Deshalb entschlossen sich die Mitglieder, die derzeitige STV zum 01.11.2018 aufzulösen, um den Weg für Neuwahlen freizumachen, damit eine neue STV mit mehr Mitgliedern frisch und motiviert an eine zukünftig produktivere Arbeit gehen kann.
Wir hoffen, dass sich im Bezirk genug interessierte und engagierte BürgerInnen finden, die sich mit ihren Ideen, Vorschlägen und Anregungen konstruktiv, kreativ, motiviert und konsequent in einen ehrenamtlichen Arbeitsprozess einfinden, um die Entwicklung unseres Kiezzentrums positiv zu begleiten und zu verändern.

Ch. Eckelt

Ablauf und Wahlordnung

– *Zunächst informieren die Planungsakteure kurz über das Sanierungs- und AZ-Gebiet Turmstraße und die Ziele im Fördergebiet, sie stellen sich selbst mit den einzelnen Zuständigkeiten vor und erläutern die wichtigsten Arbeitsstrukturen.*
– *Anschließend stellt sich auch die bisherige Stadtteilvertretung vor und beschreibt ihr Selbstverständnis, ihre Arbeitsweise, die Aufgaben der STV und die künftig anstehenden Themen.*
– *Während der Veranstaltung können Moabiterinnen und Moabiter, die kandidieren wollen, spontan ihre Kandidatur anmelden. Eine Vorab-Anmeldung wie in den Vorjahren entfällt diesmal. Wahlberechtigt sind alle Personen, die über 16 Jahre alt sind und im Wahlkreis (siehe Karte) bzw. im Umfeld des AZ-Gebiets wohnen, arbeiten, sich ehrenamtlich engagieren, ein Geschäft betreiben oder Eigentümer sind.*
– *Melden Sie sich mit Handzeichen beim Moderator der Wahlveranstaltung. Dieser wird Sie in der Veranstaltung dem Publikum vorstellen und Sie bitten, auf folgende Fragen kurz zu antworten:*
– *Was ist Ihr Vor- und Nachname?*
– *Was ist Ihr Gebietsbezug? Wohnen Sie/Arbeiten Sie im Wahlkreis oder engagieren Sie sich hier in welcher Form und wie lange schon?*
– *Was sind Ihre Anliegen, die Sie als Stadtteilvertreter*in einbringen und verfolgen wollen?*
– *Wofür stehen Sie als Stadtteilvertreter*in?*
– *Verfügen Sie über die Zeit, sich mindestens einmal monatlich ehrenamtlich in einer Abendveranstaltung des Stadtteilplenums zu engagieren?*
– *Maximal 25 Personen können gewählt werden, es sollten aber mindestens fünf Personen sein.*
– *Nach der Kandidatenvorstellung erfolgt die Wahl in geheimer Stimmabgabe: Die Stimmzettel werden in einer Urne gesammelt und anschließend in zwei Gruppen ausgezählt. In dieser Zeit gibt es auch einen kleinen Pausenimbiss.*
– *Nach der Auszählung werden die Ergebnisse öffentlich bekanntgegeben. Dabei gilt als gewählt, wer mindestens die Hälfte der ausgezählten Stimmen auf sich vereinigt.*

Mit einer neuen Ausgabe von STADTGESICHTER präsentierten »Kino für Moabit« und die Künstlerinitiative »nomadicArt« im Februar eine vierwöchige Videoinstallation in der Glasvitrine vor dem Rathaus Tiergarten – mit historischen Filmdokumenten zu Moabit sowie mit künstlerischen, experimentellen und dokumentarischen Perspektiven auf Stadträume.

Erneuerung der Gedenkstätte Levetzowstraße

In den kommenden Monaten lässt der Bezirk Mitte die Mahn- und Gedenkstätte an der Levetzowstraße erneuern. Mit gärtnerischen Maßnahmen in Abstimmung mit den entwerfenden Architekten wird das künstlerische Konzept von 1988 wiederhergestellt und behutsam an die heutigen Anforderungen angepasst.
Die Restaurierungsarbeiten beginnen bereits jetzt. Die geplanten Kosten in Höhe von 250.000 Euro stammen aus der Investitionsplanung des Bezirksamts Mitte.
Zur Geschichte des Ortes:
Wo sich heute die Gedenkstätte befindet, weihte die jüdische Gemeinde im Jahr 1914 eine Synagoge ein, die bis 1919 um ein Gemeindezentrum und eine Schule erweitert wurde. Nachdem ein Brandanschlag in der Pogromnacht 1938 misslang, nutzten die Nationalsozialisten das Gebäude als Sammellager für die Berliner Juden, die von dort aus in die Konzentrations- und Vernichtungslager deportiert wurden.
Seit 1988 erinnert hier eine Gedenkstätte an die Verfolgung und Deportation von jüdischen Berlinern. Nach Entwürfen der Künstler Jürgen Wenzel, Peter Herbich und Theseus Bappert entstand das Mahnmal Flammenwand mit einer Rampe und einem Waggon mit abstrakten eisernen »Menschenpaketen«.

Ausstellung im Rathaus Tiergarten verlängert

Die Fotoausstellung »Berlin der kleinen Leute. Ein museumspädagogisches Projekt«, die in Kooperation des Mitte Museums mit Berliner Schülerinnen und Schülern entstand, wurde bis Freitag, den 29. März 2019 verlängert.
Im Flur vor dem ehemaligen Bürgermeisterzimmer im Rathaus Tiergarten wird auf 30 Bildern gezeigt, wie die Jugendlichen die Vielseitigkeit des Bezirks wahrnehmen und welche Assoziationen sie dazu haben. In einem Workshop integrierten sie zudem kunstvoll Miniaturfiguren in die Umgebung. »Dabei entstanden abwechslungsreiche und spannende Handyfotos, die im Großformat zu sehen sind«, sagt der Kunstlehrer des Lessing-Gymnasiums, Oliver Goldacker.
Das Mitte Museum bietet auch nach Ausstellungsende den entsprechenden Workshop weiter an. Nach einer Führung haben die Teilnehmenden die Möglichkeit, mit den Figuren ihre eigene Sichtweise auf Berlin-Mitte darzustellen.
Ausstellung im Rathaus Tiergarten, 2. OG, Mathilde-Jacob-Platz 1, Mo–Fr 10–17 Uhr. Eintritt frei.

Neue Ausstellung in der Galerie Nord: »Membrane«

Vom 7. März bis 20. April präsentiert der Kunstverein Tiergarten die neue Ausstellung »Membrane« mit Arbeiten von Jörg Brinkmann, Ursula Damm, Adelheid Mers, Rachel Smith und Moritz Wehrmann. Die fünf MultimediakünstlerInnen setzen sich auf unterschiedliche Weise mit Wahrnehmung, Lernen und Interaktion sowie mit Methoden und Technologien künstlicher Intelligenz und neuronalen Netzwerken auseinander.
Eröffnung: Donnerstag 7. März, 19 Uhr
bis 20. April 2019, Di-Sa 13–19 Uhr

Kino für Moabit

Bis Ende März zeigt das »Kino für Moabit« die Reihe »Gute Cops, böse Cops«.
22. März: Spielfilm »Die Polizistin« (D 2000, R: Andreas Dresen, 98 min). Gesprächsgast ist Annegret Held, Autorin und frühere Streifenpolizistin – der Film beruht auf ihrem Roman »Meine Nachtgestalten«.
Ort: Rathaus Tiergarten, BVV-Saal (1. OG), Mathilde-Jacob-Platz 1, Beginn: 16 Uhr
7. März: Spielfilm »Der Chef« (OT: Un flic, F 1972, Jean-Pierre Melville, 95 min, OmU). Ort: NHS Architekten, Oldenburger Straße 3a, Beginn: 19.30 Uhr
Zudem präsentiert »Kino für Moabit« im Rahmen der »Internationalen Wochen gegen Rassismus« (11.–24. März) in Kooperation mit dem Afrika-Haus den Film »Ein Dorf sieht schwarz« (Bienvenue à Marly-Gomont, F 2016, R: Julien Rambaldi, 96 min, OmU)
14. März, im Afrika-Haus, Bochumer Straße 25
Beginn: 19.30 Uhr (Film), ab 18.00 Uhr ist das Afrika-Haus geöffnet.
Und am 23. März wird zur Saisoneröffnung im Schulgarten Moabit der Film »Wild Plants« gezeigt (CH/D 2016, R: Nicolas Umbert, 104 min, OmU)
Schulgarten Moabit, Birkenstraße 35, Beginn 19 Uhr
Zu allen Filmen ist der Eintritt frei.

Erschreckende Altersarmut

Jeder achte Rentner in Mitte bezieht Grundsicherung

Bereits jeder achte Rentner im Bezirk Mitte ist auf Leistungen aus der Altersgrundsicherung angewiesen. Dabei konzentriert sich die Altersarmut vor allem auf die Stadtteile mit hohem Migrantenanteil. Und die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger dieser Sozialleistung wird sich weiter erhöhen.

Im Dezember 2018 veröffentlichte das Bezirksamt Mitte den Bericht »Basisdaten zur Bevölkerung und sozialen Lage im Bezirk Berlin-Mitte«, worin auch aktuelle Daten zur Altersgrundsicherung aufgeführt sind. Die Altersgrundsicherung ist vergleichbar mit dem Arbeitslosengeld 2 (»Hartz IV«), wobei die Empfänger aber nicht nachweisen müssen, dass sie sich aktiv um Arbeit bemühen. Der Regelsatz beträgt zur Zeit für Alleinstehende 424 Euro pro Monat zuzüglich »angemessener« Miet- und Heizkosten und eventuellen Mehrbedarfen zum Beispiel aufgrund einer Behinderung. Die Grundsicherung kann man beim Sozialamt beantragen, die Kosten trägt seit 2014 in vollem Umfang der Bund.

Starkes West-Ost-Gefälle

Die meisten Rentner sind in der Bezirksregion Wedding-Zentrum betroffen. Fast jeder fünfte (18,8 %) in der Altersgruppe über 65 Jahre ist dort auf sie angewiesen. Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil allerdings fast überall in den beiden ehemaligen Westbezirken Wedding und Tiergarten, lediglich im »Parkviertel« nördlich der Seestraße liegt er mit 9 % zwar unter dem Durchschnitt von Mitte (12,5 %) aber immer noch deutlich höher als der Berliner Mittelwert (6,2 %). Weit weniger Rentner erhalten dagegen im ehemaligen Ostteil von Mitte Grundsicherung: in der »Südlichen Brunnenstraße« (also den Altbauquartieren rund um den Rosenthaler Platz) sind es 5,6 %, in der Region »Alexanderplatz«, die sich von der Charité bis zur Köpenicker Straße hinzieht, sogar nur 3,4 %. Auch in den Plattenbauquartieren rund um die Karl-Marx-Allee und die Heinrich-Heine-Straße, wo im Unterschied zur Rosenthaler oder Spandauer Vorstadt sehr viele ältere Menschen wohnen, liegt er durchweg unter 5 %. Die alteingesessenen Bewohner dieser Quartiere haben früher fast ausnahmslos in Ostberlin gearbeitet und dabei kontinuierlich in die Rentenversicherung eingezahlt.

Je jünger, desto prekärer

Im Westteil der Stadt war das oft anders. Brüche in der Erwerbsbiografie gab es auch vor der Wende schon häufig, zudem lange Phasen der Selbständigkeit, in der nicht in die Rentenversicherung eingezahlt wurde. Besonders betroffen sind jedoch die Zuwanderer, die einst als Gastarbeiter nach Berlin kamen, deren Arbeitsplätze jedoch im Laufe der Jahre wegfielen. Der Spezialbericht weist das nicht gesondert nach, es fällt aber auf, dass die Regionen mit den höchsten Anteilen an Grundsicherungsempfängern zugleich auch die mit dem höchsten Ausländeranteil sind. Weiterhin weisen die Daten darauf hin, dass sich in Zukunft die Anzahl der Grundsicherungsempfänger weiter erhöht. Denn in der Altersgruppe zwischen 65 und 75 Jahren ist bezirksweit schon fast jeder Sechste (16,4 %) auf die Sozialleistung angewiesen, bei den Über 85-Jährigen dagegen noch nicht einmal jeder Fünfzigste (1,9 %). Wer in den goldenen 1950er Jahren ins Arbeitsleben einstieg, ist heute in Mitte fast zehnmal seltener von akuter Altersarmut bedroht (oder auch nicht dazu bereit, beim Sozialamt Leistungen zu beantragen), als jemand, der – wie die meisten »Gastarbeiter« – erst in den 1970er Jahren mit der Arbeit in Deutschland begann.

Die Deindustriealisierung der 1990er

Besonders zu Buche dürften zudem die 1990er und 2000er Jahre schlagen. Denn nach der Wende brachen ja nicht nur im Ostteil der Stadt die Arbeitsplätze weg – auch Westberlin wurde in kurzer Zeit deindustrialisiert, weil die Subventionen für die Industriearbeitsplätze der Inselstadt eingestellt wurden. An den stillgelegten Fließbändern waren zuvor aber vor allem Migranten beschäftigt, die für diese Jobs aus ihren Heimatländern geholt worden waren. Deren Chancen auf eine reguläre Beschäftigung waren nach der Wende nur sehr gering – die Konkurrenz aus dem Osten war meist wesentlich besser ausgebildet und hatte zudem noch sprachlich einen klaren Vorteil. Viele arbeiteten deshalb in prekären Verhältnissen, beispielsweise in Familienbetrieben, und zahlten dabei nicht in die Rentenversicherung ein. Oder sie waren arbeitslos und sammelten in dieser Zeit nicht genug »Rentenpunkte« um jetzt den Anspruch auf eine auskömmliche Rente zu haben. *cs*

Ch. Eckelt

»Nicht über jedes Investoren-Stöckchen springen«

Ein Gespräch mit Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel

Es mangelt wahrhaftig nicht an brennenden Themen im Bezirk Mitte: Mietenexplosion, soziale Kluften, Armutsmigration, Obdachlosigkeit, Baugeschehen, die hohe Zahl von Touristen, Hotels und Ferienwohnungen, Personalnotstand im Bezirksamt usf. Doch womit geriet Bezirksbürgermeister Stephan von Dassel Ende letzten Jahres in die Schlagzeilen? Mit der beiläufigen Bemerkung, er fände den Schlossnachbau ziemlich »grauslig« (womit er sicher nicht wenigen aus dem Herzen sprach). Also, Herr Bezirksbürgermeister …

…vorab: Gibt es ein Thema, über das Sie unbedingt reden möchten?
Ja. Das Schloss! (lacht).

Reden wir lieber über Armutsmigration – auch bei den Obdachlosen wächst die Zahl osteuropäischer Zuwanderer deutlich, besonders in Mitte ist das unübersehbar.
Generell nimmt die Zahl der Obdachlosen zu. Das erste Problem: Wir wissen nicht, wie viele Obdachlose tatsächlich unterwegs sind. Die seit Jahren überfällige Erhebung soll ja dieses Jahr endlich erfolgen. Das zweite Problem besteht darin, dass der Senat keine Position zu Obdachlosen ohne Leistungsansprüche hat. Das sind in Mitte schätzungsweise zwei Drittel. Einen befristeten Unterbringungsanspruch hat erst einmal jeder Mensch ohne Obdach – egal woher er kommt, und falls die Hilfeeinrichtungen voll sind, erfolgt die Unterbringung zur Not auch im Hotel. Außerdem bieten wir nach dem Sozialgesetzbuch zumindest eine zeitlich befristete Überbrückungshilfe von einem bis zu drei Monaten: mit Krankenversicherung, Unterkunft und Geld für den Lebensunterhalt. Aber obwohl wir umfassend helfen könnten, stellt leider kaum jemand solche Anträge, da man dadurch natürlich im System erfasst wird und nicht nur dauerhafte Sozialhilfeansprüche geprüft werden, sondern bei fehlender Arbeitsperspektive unter Umständen auch, ob für die Person noch die EU-Freizügigkeit besteht. Grundsätzlich muss in Mitte niemand elend auf der Straße leben und hungern.

»Berlin braucht endlich eine einheitliche Regelung«

Es gibt aber – auch in diesem Januar – Kritik bei den Räumungen von wilden Camps …
Vor große Probleme stellen uns Menschen, die kein normales Sozialverhalten zeigen, insbesondere suchtkranke Menschen aus osteuropäischen Ländern. Gewaltkonflikte oder auch extreme hygienische Zustände in einigen wilden Camps können wir nicht einfach hinnehmen. Wir gehen zwar mit Augenmaß vor, aber bei unzumutbaren Zuständen müssen wir auch eingreifen. Immer steht das Ordnungsamt vor der schwierigen Frage: Eingreifen oder nicht.
Mit dem Senat ist jetzt vereinbart, dass Ordnungs- und Sozialstadträte gemeinsam überlegen, wie wir den Menschen helfen können und wann wir ordnungsrechtlich eingreifen müssen. Einig sind wir uns, dass wir spezifische psychiatrische Hilfen für obdachlose Menschen brauchen und die Zusammenarbeit mit den zahlreichen Trägern der Straßensozialarbeit besser werden muss. Aktuell aber werden wir – trotz teilweise bestehender Kooperationsvereinbarungen – weder von Trägern über Feststellungen zum Thema Obdachlosigkeit im öffentlichen Raum informiert, noch hat das Bezirksamt bei den Trägern konkrete Ansprechpartner, an die es sich bei konkreten Problemlagen wenden kann. Oft habe ich den Eindruck, dass die Mitarbeitenden des Ordnungsamtes diejenigen sind, die regelmäßig Kontakt zu den obdachlosen Menschen haben und auf die Hilfeangebote verweisen.

Nicht wenige soziale Einrichtungen u.a. der Kälte- und Wohnungslosenhilfe stehen aber auch selbst vor existentiellen Problemen, z.B. der Kündigung der angemieteten Räume durch den Eigentümer, weil sie lukrativer vermietet werden sollen.
Das ist in der Tat ein echtes Problem, das inzwischen Größenordnungen erreicht hat. Allein in Mitte haben wir dadurch 300 Plätze verloren. Wir brauchen dringend einen Schutz für Gewerbeimmobilien. Nicht nur soziale Einrichtungen, auch viele Selbstständige und kleine Gewerbebetriebe stehen Mieterhöhungen und Kündigungen machtlos gegenüber. Sie sind aber für eine gesunde Stadtstruktur unerlässlich.

»Wir sind kein weltweites Anlagegebiet«

Was uns zum generellen Thema Mieten führt. Gerade in Mitte – wie auch in Friedrichshain-Kreuzberg – geht es ja immer öfter auch um Hausankäufe und die Ausübung des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten.
Im letzten Jahr haben wir das Vorkaufsrecht in Milieuschutzgebieten inzwischen dreimal zugunsten städtischer Wohnungsbaugesellschaften ausgeübt und 16 sogenannte Abwendungsvereinbarungen mit dem Eigentümer abgeschlossen, durch die Mieterinnen und Mieter umfassend vor hohen Mieterhöhungen und Luxusmodernisierung geschützt sind. Wir können aber nicht über jedes Investoren-Stöckchen springen, das uns hingehalten wird, etwa wenn das Doppelte des Verkehrswertes verlangt wird.
Wir müssen aber auch bedenken, dass Milieuschutzgebiete räumlich und zeitlich begrenzt sind. Wir brauchen also länger tragfähige Ideen für die Sicherung bezahlbaren Wohnraums. Ich persönlich wäre ja sehr für ein Verbot von Verkäufen an Immobilienfonds und/oder an ausländische Kapitalanleger. Mit solchen Eigentümern ist es auch für uns oft unmöglich, überhaupt ins Gespräch zu kommen – geschweige denn Dinge zu vereinbaren, die der Nachbarschaft gut tun und die Bewohnerschaft vor Verdrängung schützen. Andere Länder sind in dieser Frage ja durchaus rigoroser. Wir müssen nicht Anlagegebiet Nr. 1 für Immobilien sein.

Ferienwohnungen sind immer noch ein Problem, weil sie Wohnraum dem Mietmarkt entziehen. Auch andere Metropolen haben damit zu kämpfen: So will die Pariser Bürgermeisterin jetzt juristisch gegen Websites vorgehen, die dafür verantwortlich sind, dass durch illegale Touristenunterkünfte die ohnehin hohen Pariser Mieten weiter hochgetrieben und Bewohner belästigt werden. AirBnB etwa wurde auf eine Strafe von 12,5 Millionen Euro verklagt. Wie ist der aktuelle Stand in Berlin und im Bezirk Mitte?
Leider ist die Berliner Rechtslage eine andere als die französische, deswegen ist das Pariser Vorgehen nicht so leicht auf Berlin zu übertragen. Aber mich ärgert richtig, dass sich AirBnB beispielsweise der Verpflichtung zu Registriernummern entzieht. Hier müsste der Senat dringend handeln und durchsetzen, dass solche Angebote von der Plattform verschwinden. Und als ersten Schritt ermitteln, wie viele solcher illegalen Angebote eigentlich im Netz sind. Der Druck auf AirBnB und ähnliche Unternehmen muss hoch gehalten werden, auch wenn unsere eigentlichen Verwaltungsverfahren gegen die illegale Vermietung dann leider oft alle juristischen Instanzen durchlaufen.

»Wir benötigen mehr Auszubildende und Mitarbeiter mit Migrationshintergrund«

Und wie sieht es derzeit mit dem Personalmangel im Bezirk aus – ist Besserung in Sicht?
Insgesamt hat das Bezirksamt Mitte derzeit mehr als 2800 Mitarbeitende. Im letzten Jahr haben wir 300 neue Leute eingestellt, dagegen haben uns 200 Mitarbeiter verlassen, inklusive jener, die in Rente gehen. Es gibt nach wie vor noch viele freie Stellen, die zu besetzen sind.
Unser großes Problem ist, dass die Verweildauer der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf der jeweiligen Stelle deutlich kürzer geworden ist, denn der Senat, das Land Brandenburg und erst Recht der Bund bezahlen besser. Da müssen sich auch die Gehaltsstrukturen in den Bezirken ändern, schließlich sind es die Mitarbeiter in den Bezirken, die den direkten Bürgerkontakt haben, auch in sehr existentiellen Fragen, und die damit eine große Verantwortung für unseren Staat schultern.
Wir investieren daher sehr stark in verbesserte Arbeitsbedingungen und wollen vor allem für junge Menschen noch attraktiver werden, schließlich soll sich die Buntheit in unserem Bezirk auch schrittweise in unserer Verwaltung abbilden. Wir bieten inzwischen flächendeckend Plätze für Schülerpraktika an und wollen zudem längerfristige Qualifizierungspraktika anbieten, damit sich auch junge Menschen aus bildungsfernen Haushalten erfolgreich auf Ausbildungsplätze bewerben. Unter jeder Ausschreibung steht zwar, Bewerbungen von Menschen mit Migrationshintergrund sind ausdrücklich erwünscht, aber leider mangelt es uns noch an Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen. Aber der Wandel der Verwaltung hat ganz schön Fahrt aufgenommen und ich bin sehr zuversichtlich, dass sich in ein paar Jahren viel zum Positiven verändert hat.

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

GEGENDARSTELLUNG

In der Ausgabe Nr. 8 Dezember 2018 / Januar 2019 der Zeitung »ecke müllerstraße« behaupten sie in einem Artikel mit der Überschrift »Wenn unser Haus verkauft wird …« auf S. 7, dass das Haus Triftstraße 54 in Wedding von der schwedischen Investmentfirma »Akelius« aufgekauft wurde oder aufgekauft werden solle. Dies ist falsch. Ich habe das Haus Triftstraße 54 nicht an die schwedische Investmentfirma »Akelius« verkauft und einen solchen Verkauf auch nie geplant.

Berlin, den 22.1.2019
Dr. Reimar-Christian Rothe

Anmerkung der Redaktion:
Herr Dr. Rothe hat Recht. Tatsächlich war in dem benannten Beitrag vielmehr das Haus Triftstraße 56 gemeint, das von einem möglichen Verkauf betroffen war. Es handelte sich also hier um einen versehentlichen Tippfehler bei den Ziffern, der leider auch bei der abschließenden Korrektur nicht entdeckt wurde.
Wir stellen dies hiermit richtig und bedauern aufrichtig diesen Flüchtigkeitsfehler und etwaige dadurch entstandene Irritationen.

Für die Redaktion
Ulrike Steglich

Stadt ohne Menschen?

Was macht eine Stadt aus? Ihre Sehenswürdigkeiten, ihre Geschichte? Ihre Bausubstanz? Ihre Kulturorte, Theater, Museen, Parks? Ihre Clubs, Shoppingmeilen?
Im schottischen Glasgow, einer klassischen Arbeiterstadt, habe ich den bislang schönsten Slogan einer Stadt gesehen: Er hieß schlicht »People are Glasgow« – die Menschen sind Glasgow.
Was Stadt wirklich ausmacht, sind immer die Menschen, die in ihr leben. Menschen unterschiedlichen Alters und Geschlechts, unterschiedlicher Herkunft, Sprache und Hautfarbe, unterschiedlicher Professionen, Einkommen und Bildung. Menschen, die morgens Kinder zur Kita bringen, Alte, die sich auf der Parkbank unterhalten, Menschen, die nach der Arbeit müde im Bus sitzen, die sich in Parks sonnen, Pakete oder Essen ausfahren, die die Stadt sauber halten oder sich auf Straßenfesten amüsieren, die ohne Wohnsitz oder ohne Arbeit und die ohne Sorgen …
Eine Stadt wird erst durch die vielen Individuen zum lebendigen, pulsierenden Organismus.
Wir machen seit vielen Jahren Stadtzeitungen – Zeitungen für Stadtteile und für die Menschen, die in diesen Kiezen leben. Für uns sind sie das Wesentliche und das Interessanteste an unserer Arbeit. Zu einer guten Stadtzeitung gehören auch Fotos. Fotografien, die den Stadtteil in seiner Lebendigkeit und Vielfalt spiegeln, den Alltag und das Besondere, Überraschende. Stadtfotografie ist auch eine Fotografie des Augenblicks. Stadtfotografie ohne Menschen ist keine Stadtfotografie, sondern Architekturfotografie, oder Landschaftsfotografie.
Immer mal wieder blättere ich einem Bildband: »Photographie des 20. Jahrhunderts«. Einige meiner Lieblingsfotos sind darin. Der kleine Pariser Junge, der stolz zwei Flaschen Wein in seinen Armen nach Hause trägt – 1958 fotografiert von Cartier-Bresson. Oder »V-Day«, 1945 aufgenommen vom Berliner Fotografen Alfred Eisenstaedt, ein Schnappschuss: ein Marinesoldat küsst während der Siegesparade am Times Square überschwänglich eine junge Frau. Könnte man solche Bilder heute noch spontan und unbefangen machen?

Der Beginn des 20. Jahrhunderts war auch die Geburtsstunde der Stadtfotografie. Und Berlin war für Fotografen ein Eldorado. Noch in den 1990er Jahren war es unkompliziert, auf Straßen und Plätzen oder bei öffentlichen Anlässen zu fotografieren.
Mit dem Einzug des Internets als Massenmedium hat sich vieles verändert – auch die Bedingungen für die Fotografie. Der Einzug des Internet in den Alltagsgebrauch begann vor gerade mal zwanzig Jahren und veränderte die Welt ähnlich revolutionär wie die Gutenbergsche Erfindung des Bücherdrucks. Und wie jede Revolution bringt sie ganz neue Unsicherheiten und Fragen mit sich. Und viele Extreme. Die Grenzen zwischen Öffentlichkeit und Privatheit verschwimmen immer mehr. Während einerseits Milliarden privater Fotos unbekümmert per Instagram und Facebook veröffentlicht werden, viele bedenkenlos persönliche Daten ins Netz einspeisen und auch die voyeuristische Gafferfotografie, etwa bei Unfällen, dank Smartphone zum Massenphänomen wird, wächst andererseits das Misstrauen gegenüber den »Datenkraken« und die Angst vor Datenmissbrauch.
Das bekommen auch unsere Zeitungen zu spüren, in allererster Linie unsere Fotografen. Das diffuse Misstrauen, die Verunsicherung unterscheidet nicht zwischen seriöser Stadtfotografie und unseriösen Methoden und Zwecken.
Etliche unserer Fotografen ziehen ihre Konsequenzen. Sie weigern sich inzwischen, auf Spielplätzen zu fotografieren, weil sie keine Lust haben, sofort unter Kinderschänder-Generalverdacht zu geraten. Sie fotografieren Menschen im öffentlichen Raum nur noch von hinten oder mit großer Unschärfe, damit man deren Gesichter nicht erkennt. Oder sie konzentrieren sich stärker auf Gegenständliches, Unpersönliches: Baustellen, Fassaden, Busse, Parks.
Die Fotografen sehen sich dazu schon aus Selbstschutz gezwungen – um sich nicht langen fruchtlosen Debatten, misstrauischen Verhören oder gar juristischen Klagen der Fotografierten auszusetzen. Diesen Einschnitt für den Fotojournalismus merkt man eben auch den Zeitungen an.
Die Gesetzgebung kann mit dem rasanten Tempo der digitalen Revolution nicht Schritt halten. Und die notwendigen Versuche, neue Regeln für den digitalen Umgang zu finden und Privatsphären zu schützen, gehen wegen mangelnder Differenzierung teilweise auch an Realitäten und den eigentlichen Zielen vorbei. Früher galten klare presserechtliche Regeln: Bei mehr als fünf Personen auf einem Foto muss man nicht mehr jeden um sein Einverständnis bitten. Das Fotografieren bei öffentlichen Veranstaltungen war weitgehend ohne Einschränkungen möglich.
Spätestens mit der neuen Datenschutzverordnung hat sich all das gravierend verändert. Grundsätzlich ist sie gut gemeint. Doch für die Stadtfotografie ist sie eher verheerend. Schnappschüsse, spontane Momentaufnahmen auf offener Straße sind so kaum noch möglich, schon wegen des allgemeinen Misstrauens.
Eine Stadtzeitung ohne wirkliche Stadtfotografie ist ein Widerspruch in sich. Und wer von uns will wirklich, wenn er in eine Zeitung schaut, Fotos ohne Menschen, ohne den Blick in Gesichter – oder Gesichter, die nur noch eine Pixelmasse sind?

Ulrike Steglich

Adressen

Aktuelle Informationen zum Gebiet finden Sie auch auf www.turmstrasse.de und zur Entwicklung von Moabit auf www.moabitonline.de

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 9018-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 9018-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: dienstags, 9 –12 Uhr,
donnerstags, 15 –18 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 9018-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Turmstraße
Zimmer 180/181
Annett Kufeld (030) 9018-454 36
annett.kufeld@ba-mitte.berlin.de
Dirk Kaden (030) 9018-458 22
dirk.kaden@ba-mitte.berlin.de

Prozesssteuerung
Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
Gisbert Preuß (030) 33 00 28 32
preuss@kosp-berlin.de
Uwe Lotan (030) 33 00 28 41
lotan@kosp-berlin.de
Sprechstunden: Di 9.30–12 Uhr,
Do 15.30–18 Uhr im Stadtteilladen,
Krefelder Straße 1a, (030) 23 94 53 39
www.kosp-berlin.de
www.turmstrasse.de

Geschäftsstraßenmanagement Turmstraße
die raumplaner
Di 15–18 Uhr, Fr 9–11 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a, (030) 23 93 85 08
gsm@turmstrasse.de
www.turmstrasse.de

Stadtteilvertretung
Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
10555 Berlin, (030) 23938828
Öffentliches Plenum an jedem
4. Montag im Monat
stv@stv-turmstrasse.de
www.stv-turmstrasse.de

Quartiersmanagement Moabit-West
Rostocker Straße 35, 10553 Berlin
(030) 39 90 71 95
qm-moabit@stern-berlin.de
www.moabit-west.de

Quartiersmanagement Moabit-Ost
Wilsnacker Straße 34, 10559 Berlin
(030) 93 49 22 25
team@moabit-ost.de
www.moabit-ost.de

Mieterberatung
für Mieter in den Milieuschutzgebieten Waldstraße und Birkenstraße
Sprechzeiten: Mo 16–18, Do 10–12 Uhr im Stadtteilladen, Krefelder Straße 1a,
Mieterberatung Prenzlauer Berg
(030) 44 33 81-0
team-moabit@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen

Ch. Eckelt

BILDECKE

ECKENSTEHER

Investoren-Mantra

Ein Gespenst geht um in Berlin, und es heißt nicht Kommunismus. Sondern, zum Beispiel, »Deutsche Wohnen« – ein Schreckensname für zahllose Mieter.

Der Berliner Wohnungsmarkt ist seit einigen Jahren out of control und ein wahres Heuschrecken-Eldorado. Doch das Desaster war zu einem guten Teil auch hausgemacht. Im großen Stil hatte das Land Berlin vor allem in den 90ern kommunale Wohnungsbestände privatisiert – und damit (anders als etwa Wien) leichtfertig ein wichtiges Steuerungsinstrument aus der Hand gegeben.

Doch im Kessel wächst der Druck, wenn immer mehr Anwohner mit schmalen Einkommen aus ihren Quartieren verdrängt werden und auch andernorts kaum noch Bezahlbares finden. Was, wenn Postboten, Pfleger, Erzieher, Polizisten, Busfahrer sich die Stadt, die ja existentiell auf ihre tägliche Arbeit angewiesen ist, nicht mehr leisten können und das Wutpotential steigt?

Angesichts der Mammutaufgabe, halbwegs wieder Herr der Lage zu werden, ist die Doppelstrategie der rot-rot-grünen Koalition durchaus sinnvoll: Kommunaler Neubau einerseits, andererseits Bestandssicherung und Mieterschutz, z.B. durch Ausübung des Vorkaufsrechts in Milieuschutzgebieten oder Rück- bzw. Ankäufe. Das geschieht noch eher punktuell – von »Enteignung« der großen Player, wie es ein Volksbegehren fordert, ist das weit entfernt.

Doch schon die paar Wohnungen, die dem Spekulationsmarkt entzogen werden, erzeugen bei der Investorenlobby Schnappatmung. Das Geld solle man besser in Neubau investieren, so das Mantra, durch Ankäufe entstünde keine einzige der dringend benötigten neuen Wohnungen.

Mal abgesehen, dass das auch keiner behauptet hatte – für wie doof hält man eigentlich die Leute, um ihnen ein so hirnrissiges Argument anzudrehen? Der Witz an der Sache ist ja, dass für jeden Mieter, der aus seiner Wohnung nicht ausziehen muss, eben keine neue Wohnung notwendig ist. Und wohin sollten denn auch all die Busfahrer, Erzieherinnen etc.pp. ziehen? Für wen ist es ökonomisch sinnvoll, Mieter A zum Auszug aus seiner (bezahlbaren) Wohnung 1 zu zwingen, der dann in die viel teurere Wohnung 2 ziehen muss, damit Nutzer B in die inzwischen ebenfalls verteuerte Wohnung 1 ziehen kann? Sie ahnen es …?

Insbesondere die Neuvermietungen treiben die »ortsüblichen Vergleichsmieten« hoch. Jeder Umzug würde auch mehr Miete verschlingen. Das wiederum ist – zweitens – stadtökonomisch wichtig: Schützt man Mieter vor exorbitanten Mieten, wandert ein Teil der Einkommen eben nicht mehr in den Schlund anonymer Kapitalgesellschaften, sondern kann in Lebensunterhalt, Daseinsvorsorge oder lokale Ökonomie investiert werden.

Drittens hat Neubau räumliche Grenzen. Schon weil der Boden als Ressource nicht reproduzierbar ist, muss der Bestand gesichert und sinnvoll genutzt werden, statt immer mehr flächenfressende monotone Eigenheimsiedlungen hinzupflanzen.

Und viertens geht es um nicht weniger als Gesellschaftspolitik. Wer zulässt, das sich die Stadt spaltet in betuchte Eigentümer großzügiger Innenstadtlofts und hochverdichtete »Banlieues« an den Rändern, stellt den Konsens der zivilen Stadtgesellschaft zur Disposition und spielt mit dem Feuer. Eine Stadt gehört aber nicht nur denen, die sie sich kaufen und »leisten« können, sondern vor allem jenen, die das Leben der Stadt erst möglich machen. *us*